

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 27. Oktober 1993
am Donnerstag, dem 28. Oktober 1993

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Augustinowitz, Jürgen (CDU/CSU)	4, 58	Köppe, Ingrid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) . . .	13, 14
Beucher, Friedhelm Julius (SPD)	15, 16	Kubatschka, Horst (SPD)	6, 10
Bindig, Rudolf (SPD)	30	Dr. Kübler, Klaus (SPD)	31, 57
Blunck, Lieselott (Uetersen) (SPD)	45	Dr. Leonhard-Schmid, Elke (SPD)	24, 36
Dr. Enkelmann, Dagmar (PDS/Linke Liste)	5, 9	Lowack, Ortwin (fraktionslos)	50, 55
Erler, Gernot (SPD)	52, 53	Lörcher, Christa (SPD)	39, 42
Gansel, Norbert (SPD)	49, 59	Dr. Lucyga, Christine (SPD)	34, 35
Göttsching, Martin (CDU/CSU)	27, 54	Müller, Albrecht (Pleisweiler) (SPD)	22, 23
Haack, Karl Hermann (Extertal) (SPD)	40, 41	Poppe, Gerd (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) . . .	12, 17
Hampel, Manfred (SPD)	25, 26	Sauer, Helmut (Salzgitter) (CDU/CSU)	56
Harries, Klaus (CDU/CSU)	28, 29	Schütz, Dietmar (SPD)	48, 51
Hüppe, Hubert (CDU/CSU)	19	Dr. Seifert, Ilja (PDS/Linke Liste)	7, 8
Jäger, Claus (CDU/CSU)	11	Steen, Antje-Marie (SPD)	46, 47
Dr. Jüttner, Egon (CDU/CSU)	20	Stiegler, Ludwig (SPD)	18, 21
Dr.-Ing. Jork, Rainer (CDU/CSU)	37, 38	Urbaniak, Hans-Eberhard (SPD)	2, 3
Kastning, Ernst (SPD)	1	Wittmann, Simon (Tannesberg) (CDU/CSU) . .	32, 33
Kirschner, Klaus (SPD)	43, 44		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Frauen und Jugend	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Forschung und Technologie	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	6
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie und Senioren	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Post und Telekommunikation	13
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	14

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

1. Abgeordneter
**Ernst
Kastning**
(SPD)
- Welche Kosten kommen anteilig auf den Bundeshaushalt und den jeweiligen Haushalt der neuen Länder, in denen die Basisfläche aus der EG-Agrarreform überschritten wurde, in den Jahren 1993/94 bis 1996/97 zu, wenn die Bundesregierung bewußt ein Vertragsverletzungsverfahren in Kauf nimmt und daraufhin die EG die Erstattungen zugunsten der Bundesrepublik Deutschland auf der Grundlage der VO (EWG) Nr. 2834/93, Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 258/27 vom 16. Oktober 1993, kürzt, und wo sieht die Bundesregierung für den auf sie entfallenden Teil eine Deckung im Bundeshaushalt vor?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit
und Sozialordnung**

2. Abgeordneter
**Hans-Eberhard
Urbaniak**
(SPD)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um endlich ihre Beitragsverpflichtungen zur Nachversicherung in der Rentenversicherung pünktlich (gem. Gesetz) zu erfüllen, die der Bundesrechnungshof schon mehrfach angemahnt hat (Drucksache 12/5650, S. 73 ff.)?
3. Abgeordneter
**Hans-Eberhard
Urbaniak**
(SPD)
- Wie will die Bundesregierung den Versicherten (Hausfrauen, Selbständigen usw.) ihre ungesetzliche, verspätete Beitragszahlung erklären, wenn diese bei verspäteter Zahlung mit Anspruchsverlusten rechnen müssen, während z. B. lt. Bericht des Bundesrechnungshofes allein das Bundesministerium der Verteidigung im Januar 1993 mit 1,5 Mrd. DM wegen angeblich fehlender Haushaltsmittel im Zahlungsrückstand war?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Frauen
und Jugend**

4. Abgeordneter
**Jürgen
Augustinowitz**
(CDU/CSU)
- Wie hat sich nach dem Inkrafttreten des Föderalen Konsolidierungsprogramms das Verhältnis von Zivildienststellen mit Gemeinschaftsverpflegung und Zivildienststellen ohne Gemeinschaftsverpflegung entwickelt, und wie beurteilt die Bundesregierung diesen Vorgang?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und Reaktorsicherheit**

5. Abgeordnete
**Dr. Dagmar
Enkelmann**
(PDS/Linke Liste) Sind der Bundesregierung Anträge auf Genehmigung der Einlagerung von radioaktiven Abfällen in Morsleben bekannt?
6. Abgeordneter
**Horst
Kubatschka**
(SPD) Wie beurteilt die Bundesregierung das Organocell-Verfahren zur Produktion von Zellstoff?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Raumordnung,
Bauwesen und Städtebau**

7. Abgeordneter
**Dr. Ilja
Seifert**
(PDS/Linke Liste) Welche konkreten inhaltlichen Vorstellungen für ein Reformkonzept zum sozialen Wohnungsbau hat die Bundesregierung?
8. Abgeordneter
**Dr. Ilja
Seifert**
(PDS/Linke Liste) Wann will die Bundesregierung welche weiteren Schritte bei der Umsetzung dieses Reformkonzeptes gehen, nachdem (laut Presseinformation Nr. 97/93 des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau) im September 1993 das lang angekündigte Planspiel absolviert wurde?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Forschung
und Technologie**

9. Abgeordnete
**Dr. Dagmar
Enkelmann**
(PDS/Linke Liste) Wie bewertet die Bundesregierung den im französischen Forschungszentrum Cardarache bei Marseille geplanten versuchsweisen Atomunfall und die damit verbundene Gefahr der Freisetzung radioaktiven Materials?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung
und Wissenschaft**

10. Abgeordneter
**Horst
Kubatschka**
(SPD)
- Wie hoch ist das Durchschnittsalter der Absolventinnen und Absolventen der Fachhochschulen, Universitäten und Technischen Universitäten in Deutschland?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

11. Abgeordneter
**Claus
Jäger**
(CDU/CSU)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über eine Abhörtätigkeit der GUS-Streitkräfte von ihren Anlagen auf dem Gipfel des Brockens aus, und nährt die Weigerung der Bundesregierung, den Deutschen Bundestag hierüber auch in öffentlicher Sitzung zu informieren, nicht den Verdacht, daß tatsächlich eine rechts- und vertragswidrige Abhörtätigkeit auf dem Brocken betrieben wird?
12. Abgeordneter
**Gerd
Poppe**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welchen Inhalt hatte die kürzliche Unterredung zwischen dem iranischen Geheimdienstminister Ali Fallahian sowie dem Präsidenten des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV), welches für die von Staatsminister Bernd Schmidbauer bislang genannten humanitären Gesprächsthemen im Zusammenhang mit in Drittstaaten befindlichen Bürgern befreundeter Nationen nicht zuständig ist, wohl aber für als extremistisch geltende Ausländer in Deutschland, und inwieweit treffen Medienberichte zu, wonach Ali Fallahian vom BfV detaillierte Informationen über hier lebende oppositionelle Volksmudschaheddin erhalten habe und ihm außerdem die Übermittlung von Stasi-Akten über Iran und Iraner in Aussicht gestellt worden sei für den Fall, daß der dort inhaftierte deutsche Bürger Szimkus freigelassen oder nicht hingerichtet werde?
13. Abgeordnete
**Ingrid
Köppe**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Aus welchen Gründen hat die Bundesregierung auf Intervention der iranischen Regierung im Jahre 1987 die zuständigen Länderinnenministerien mehrfach und schließlich erfolgreich darauf gedrängt, dem mutmaßlichen Drahtzieher des Berliner „Mykonos-Attentats“ auf iranische

Oppositionelle am 17. September 1992, Kazem Darabi, der nach einem von ihm angeführten Überfall auf ein Mainzer Studentenwohnheim 1982 bereits in Abschiebehaft gesessen und zu einer Bewährungsstrafe wegen Landfriedensbruchs verurteilt worden war, ebenso wie seinen damaligen Mittätern eine Aufenthaltserlaubnis in Deutschland zu erteilen, obwohl der Bundesregierung aus Erkenntnissen des Bundesamtes für Verfassungsschutz schon damals genau bekannt war, daß Darabi ein führender Funktionär der Hizbollah, Angehöriger des iranischen Geheimdienstes und von diesem beauftragt war, iranische Oppositionelle in Deutschland auszuforschen?

14. Abgeordnete
Ingrid Köppe
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Aus welchen Gründen hat die Bundesregierung, der über das Bundesamt für Verfassungsschutz aus langjähriger Telefonüberwachung sowie aktuellen V-Mann-Berichten bis in den Sommer 1992 hinein detaillierte Informationen über Darabis Verwicklung in konkrete Anschlagsvorbereitungen vorlagen, keine intensiveren Bemühungen zur Verhinderung des schließlich ausgeführten „Mykonos-Attentats“ unternommen und – trotz möglicher Zuständigkeit des Generalbundesanwalts (§§ 142 Abs. 1, 120 Abs. 2 Nr. 3a GVG) – weder strafrechtliche Ermittlungsmaßnahmen (etwa nach §§ 30 Abs. 2, 211 ff. StGB) nebst Antrag auf Untersuchungshaft noch eine ausländerrechtliche oder diplomatische Ausweisung Darabis veranlaßt?

15. Abgeordneter
Friedhelm Julius Beucher
(SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß Alexander Schalck-Golodkowski eine Druckmaschine für das Ministerium für Staatssicherheit beschafft hat, die zur Herstellung von Dokumenten einschließlich Personalausweisen geeignet war?

16. Abgeordneter
Friedhelm Julius Beucher
(SPD)

Ist es richtig, daß diese Druckmaschine zwischenzeitlich in den Besitz der Bundesregierung gelangt ist und im Bundesministerium des Innern Anwendung findet?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

17. Abgeordneter
Gerd Poppe
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Inwieweit treffen Medienberichte zu, wonach die US-Regierung unter Verweis auf CIA-Informationen vor Ali Fallahians Besuch über dessen direkte Verantwortung für Morde an exilierten iranischen Oppositionellen die Bundesregierung unterrichtet habe, und wonach das Begehren der

Bundesanwaltschaft, Ali Fallahian noch während dessen Besuch zu verhaften, vom Bundesministerium der Justiz zurückgewiesen worden sei, und wie rechtfertigt die Bundesregierung die Kontakte mit Ali Fallahian angesichts der Vereinbarung auf dem EG-Gipfel im Dezember 1992, verbesserte Beziehungen zum Iran sollten von einer Aufhebung der iranischen Morddrohungen gegen Salman Rushdie abhängig gemacht werden?

18. Abgeordneter
**Ludwig
Stiegler**
(SPD)

Bis wann ist mit der Einbringung eines Regierungsentwurfs für ein Kostenrechtsänderungsgesetz zu rechnen, und wird in dem Entwurf auch die dringend notwendige Anhebung der Sachverständigenentschädigung enthalten sein?

19. Abgeordneter
**Hubert
Hüppe**
(CDU/CSU)

Im Hinblick auf die Tatsache, daß das sogenannte „Flensburger Urteil“, nach dem Urlaubern eine Reisekostenminderung zugestanden wurde, weil sie mit einer Gruppe Behinderter zusammen in einem Hotel untergebracht waren, im Katalog eines Reiseveranstalters zu dem wörtlichen Zusatz führte: „Behinderte: Aufgrund der neuesten deutschen Rechtssprechung müssen wir leider diesen Zusatz neu aufnehmen; auch Behinderte haben ein Recht auf Urlaub. Deshalb kann es sein, daß Sie Behinderten im Hotel begegnen.“, frage ich die Bundesregierung, welche Möglichkeiten sie sieht, ggf. durch gesetzliche Maßnahmen derartige, behinderte Mitmenschen diskriminierende Vorgänge zu verhindern und Gerichtsentscheidungen wie die von Flensburg unmöglich zu machen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

20. Abgeordneter
**Dr. Egon
Jüttner**
(CDU/CSU)

Treffen Meldungen zu, wonach die US-Streitkräfte Soldaten aus dem Standort Mannheim abziehen und Kasernen freigeben wollen?

21. Abgeordneter
**Ludwig
Stiegler**
(SPD)

Treffen Presseberichte zu, nach denen entgegen der schriftlichen Mitteilung des Bundesministers der Finanzen auf der US-Mülldeponie Harderbühl in der Oberpfalz auf Anordnung der US-Army in Grafenwöhr tausende PCP-verseuchte

Munitionskisten verbrannt wurden, und welche Maßnahmen wird die Bundesregierung ergreifen, um die örtliche Bevölkerung vor den von dieser dioxinverseuchten Altlast ausgehenden Gesundheitsgefährdungen zu schützen und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen?

22. Abgeordneter
**Albrecht
Müller
(Pleisweiler)**
(SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß im US-Hospital Landstuhl rund 170 Stellen von deutschen Zivilbeschäftigten gestrichen wurden, obwohl weiterhin nachweislich ein Bedarf an zivilen Arbeitskräften besteht, und daß dieser Bedarf zu Lasten des Arbeitsmarktes in der Westpfalz sukzessive mit US-amerikanischen Zivilbeschäftigten nunmehr für die gleiche Tätigkeit, mit den gleichen Stellenbeschreibungen und identischem Anforderungsprofil, allerdings mit anderen Stellennummern gedeckt wird, und wie bewertet die Bundesregierung diesen Vorgang auf dem Hintergrund der Vereinbarungen und des Geistes der Vereinbarungen, die mit den Alliierten getroffen sind?

23. Abgeordneter
**Albrecht
Müller
(Pleisweiler)**
(SPD)

Sind der Bundesregierung ähnliche Vorgänge in anderen Dienststellen der alliierten Streitkräfte bekannt, und was gedenkt die Bundesregierung gegen diese und ähnliche Verschiebungen zu Lasten der deutschen Zivilbeschäftigten zu unternehmen?

24. Abgeordnete
**Dr. Elke
Leonhard-Schmid**
(SPD)

Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung unternehmen, um zu einer raschen Klärung der Altlastensituation auf den rund 241 rheinland-pfälzischen militärischen Liegenschaften zu gelangen, die freigegeben worden sind, bzw. zur Freigabe anstehen, und wie bewertet die Bundesregierung ein Rechtsgutachten des Landes Rheinland-Pfalz, das den Bundesbehörden eine „uneingeschränkte Zustandsverantwortlichkeit“ bei der Erforschung und Beseitigung von Umweltverseuchungen auf geräumten militärischen Liegenschaften zuweist?

25. Abgeordneter
**Manfred
Hampel**
(SPD)

Aufgrund welcher gesetzlichen Grundlagen war die Treuhandanstalt ermächtigt (vgl. Pressemitteilung der Treuhandanstalt vom 15. Oktober 1993), mit der Thyssen Handel Berlin einen Geschäftsbesorgungsvertrag mit dem Ziel der Abwicklung abzuschließen?

26. Abgeordneter
**Manfred
Hampel**
(SPD)

Auf welcher gesetzlichen Ermächtigung beruht die Vereinbarung einer Gewinnbeteiligung, insbesondere einer Gewinnbeteiligung von 25%?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft

27. Abgeordneter
**Martin
Göttsching**
(CDU/CSU)
- Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die Rechtseinheit bei grundeigenen Bodenschätzen herzustellen, nachdem die betroffene Regelung im Einigungsvertrag zu einer unterschiedlichen Zuordnung der Steine- und Erden-Bodenschätze in den alten und neuen Bundesländern geführt hat und in diesem Zusammenhang bei der zur Zeit geltenden Regelung für bergfreie Bodenschätze die Grundeigentümer im Osten Deutschlands schlechtergestellt werden als die im Westen Deutschlands und somit durch die Festlegung unterschiedlicher Bestimmungen im Bergrecht der neuen Bundesländer gegen das Gebot der Gleichbehandlung nach Artikel 3 des Grundgesetzes verstoßen wird?
28. Abgeordneter
**Klaus
Harries**
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Nutzung von Erdwärme in der Zukunft, und um wieviel Prozent könnte der Anteil regenerativer Energiequellen durch eine verstärkte Nutzung der Erdwärme bis zum Jahre 2005 erhöht werden?
29. Abgeordneter
**Klaus
Harries**
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, weitere Geothermie-Heizwerke finanziell zu fördern?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

30. Abgeordneter
**Rudolf
Bindig**
(SPD)
- Wird die Bundesregierung, nachdem sie im Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung (Haushaltsentwurf 1994, Einzelplan 14, Titel 54701) 250 Mio. DM für Maßnahmen der Bundeswehr im Zusammenhang mit internationalen humanitären Hilfsmaßnahmen eingestellt hat, die Kosten für solche Maßnahmen diesem Titel entnehmen oder werden auch künftig Forderungen zur Erstattung von Leistungen der Bundeswehr im humanitären Bereich an das Auswärtige Amt gerichtet, dessen Titel für humanitäre Hilfsmaßnahmen im Ausland außerhalb der Entwicklungshilfe (Einzelplan 05, Titel 68612) sich für das Jahr 1994 nach derzeitigem Stand auf 85 Mio. DM belaufen wird?

31. Abgeordneter
Dr. Klaus Kübler
(SPD)
- Wie hoch sind nach Erkenntnis der Bundesregierung die Kosten für den Bundeswehreinsatz in Somalia von Beginn an bis zum voraussichtlichen Ende im April 1994, und wie hoch sind die Kosten für die humanitäre Hilfe in den einzelnen Ländern des ehemaligen Jugoslawien für den gleichen Zeitraum?
32. Abgeordneter
Simon Wittmann
(Tännesberg)
(CDU/CSU)
- In welchen Kreiswehrrersatzämtern beabsichtigt die Bundesregierung das neue EDV-Programm WEBIS II einzuführen, und welche Ziele verfolgt die Bundesregierung damit?
33. Abgeordneter
Simon Wittmann
(Tännesberg)
(CDU/CSU)
- Treffen Gerüchte zu, daß ca. 30 bis 35 Kreiswehrrersatzämter aufgelöst werden sollen mit dem Ziel, daß in Bayern nur mehr ein Amt pro Regierungsbezirk bestehen bleibt, und welche Auswirkungen hat dies auf das Kreiswehrrersatzamt Weiden?
34. Abgeordnete
Dr. Christine Lucyga
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß eine bedarfsgerechte zivile Mitnutzung des Militärflugplatzes Laage-Kronskamp ein unverzichtbares Muß für die wirtschaftliche Entwicklung Mecklenburg-Vorpommerns ist, und welche Bemühungen hat die Bundesregierung bisher unternommen, um hier zu einer an den praktischen Notwendigkeiten der Region Rostock/Güstrow ausgerichteten Konsenslösung zu kommen?
35. Abgeordnete
Dr. Christine Lucyga
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, sich für eine Sonderregelung hinsichtlich der zivilen Mitnutzung des Flugplatzes Laage-Kronskamp einzusetzen, um die immer noch nicht gelösten Probleme für den zivilen Wochenendbetrieb und den Nachtflugpostverkehr endlich einer befriedigenden Lösung zuzuführen?
36. Abgeordnete
Dr. Elke Leonhard-Schmid
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung eine Reihe von verlorenen Prozessen des Bundes in Sachen Fluglärm-Entschädigung, und mit welchen rationalen Argumenten erklärt die Bundesregierung die anhaltend ungeklärte Situation der Schadensersatzansprüche von fluglärmgeschädigten Bürgern?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie
und Senioren**

37. Abgeordneter
Dr.-Ing. Rainer Jork
(CDU/CSU)
- Verfügt die Bundesregierung über aussagefähiges statistisches Material, aus dem der tatsächliche Umfang des Mißbrauchs von staatlichen Sozialleistungen sowie eine Aufgliederung nach der Art der mißbrauchten Leistung und deren Umfang im einzelnen und der Struktur der mißbräuchlich Leistungen beziehenden Personen oder Personenkreise hervorgeht, und sind diese Informationen der Öffentlichkeit zugänglich oder beabsichtigt die Bundesregierung diese zugänglich zu machen?
38. Abgeordneter
Dr.-Ing. Rainer Jork
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen oder Instrumente gibt es, den Mißbrauch von Sozialleistungen zu unterbinden, und welche neuen plant die Bundesregierung ggf.?
39. Abgeordnete
Christa Lörcher
(SPD)
- Was hat die Bundesregierung bisher unternommen, um die Schwierigkeiten der Verwirklichung einer bundeseinheitlichen Altenpflegeausbildung – deren Notwendigkeit von Bundesministerin Hannelore Rönsch mehrfach betont worden ist – zu überwinden und eine bundeseinheitliche Rahmenregelung zu einem positiven Ergebnis zu bringen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

40. Abgeordneter
Hermann Haack
(Extertal)
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung Klagen, daß die Inselbewohner durch die Regelung des Gesundheitsreformgesetzes – nach der Fahrtkosten zu ambulanten Fachärzten weitgehend selbst getragen werden müssen (§ 60 SGB V) – durch die Insellage übermäßig belastet werden – trotz geltender Härtefall- und Überforderungsregelung?
41. Abgeordneter
Hermann Haack
(Extertal)
(SPD)
- Welche Maßnahmen erwägt die Bundesregierung, um diese einseitige Belastung der Inselbewohner, die nicht auf jeder Insel die entsprechenden Fachärzte aufsuchen können und dies zumeist während ihrer Arbeitszeit tun müssen, zu mildern?

42. Abgeordnete
Christa Lörcher
(SPD)
- Was hat die Bundesregierung zu der Aussage (vgl. Sozialpolitische Umschau Nr. 448/1993 vom 4. Oktober 1993, S. 2) veranlaßt, daß viele betagte Patienten – schätzungsweise bis zu 40% der sogenannten Pflegefälle – der Krankenhausaufenthalt deutlich verkürzt werden könnte, wenn sie eine angemessene Behandlung erhielten?
43. Abgeordneter
Klaus Kirschner
(SPD)
- Welche Erkenntnisse besitzt die Bundesregierung darüber, daß Krankenkassen die Kosten für Arzneimittel nicht zugelassener oder für bestimmte Indikationen nicht zugelassener, u. a. der Firma Rentschler, übernommen haben, obwohl weder die leistungs- noch arzneimittelrechtlichen Voraussetzungen dafür erfüllt waren?
44. Abgeordneter
Klaus Kirschner
(SPD)
- Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung vor über aktuelle Recherchen der Spitzenverbände der gesetzlichen Krankenversicherung zu der in Frage 43 gestellten Problematik, und wie trägt die Bundesregierung dafür Sorge, daß zu Unrecht erstattete Beträge von Pharmafirmen, Ärzten, Krankenhäusern und im Rahmen der Haftung nach § 12 Abs. 3 SGB V von den Verantwortlichen der Krankenkassen an die Solidargemeinschaft wieder zurückfließen?
45. Abgeordnete
Lieselott Blunck
(Uetersen)
(SPD)
- Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung nach Bekanntwerden der skandalösen Ergebnisse von Fleischuntersuchungen in deutschen Lebensmittelläden ergriffen, um einerseits im Interesse der Landwirtschaft den guten Ruf deutscher Fleischwaren zu wahren bzw. wiederherzustellen und andererseits, um die Verbraucher und Verbraucherinnen vor kriminellen Machenschaften und dem Verzehr gesundheitlich bedenklicher Fleischwaren zu schützen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr

46. Abgeordnete
Antje-Marie Steen
(SPD)
- Kann die Bundesregierung Auskunft geben, warum bis heute keine Unterzeichnung des Grundlagenvertrags zur Ausgliederung der DB-Fährlinie „Vogelfluglinie Puttgarden“ aus dem DB-Bereich erfolgte, und wann dieser vertragslose Zustand beendet wird?

47. Abgeordnete
Antje-Marie Steen
(SPD)
- Kann die Bundesregierung Auskunft geben, warum bisher keine Dienstleistungsüberlassungsverträge für die Beschäftigten durch die „Deutsche Fährgesellschaft Ostsee“ erfolgte, obwohl das als Voraussetzung für die Übernahme des Betriebs vereinbart ist, und welche Konsequenzen leitet sie daraus für die Rechtsfähigkeit des Vertrages ab?
48. Abgeordneter
Dietmar Schütz
(SPD)
- Wie ist der Planungsstand der Ausbaumaßnahmen auf der Eisenbahnstrecke Oldenburg – Wilhelmshaven, und innerhalb welchen Zeitraumes ist deren vollständige Elektrifizierung vorgesehen?
49. Abgeordneter
Norbert Gansel
(SPD)
- Welche Schwierigkeiten hat es beim Bau der zweiten Kieler Kanalbrücke im Verlauf der B 503 durch die Beteiligung ausländischer Subunternehmen gegeben, und ist der Zeitplan eingehalten worden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Post und Telekommunikation

50. Abgeordneter
Ortwin Lowack
(fraktionslos)
- Warum hat der Bundesminister für Post und Telekommunikation den Verkehrsminister Taiwans Liu Chao-Shiuan Ende Juli lediglich in einem Hotel und der Bundesminister für Verkehr seinen Amtskollegen nur am Flughafen in Stuttgart sprechen wollen, während der französische Minister für Transport, Verkehr und Industrie den gleichen Minister in Paris in allen Ehren im Dienstzimmer mit Stander der Republik China zu einem eingehenden Gespräch empfangen und ihm vor allem auch das Interesse Frankreichs an der Lieferung des TGV dargelegt hat, der in Konkurrenz zu dem von deutscher Seite angebotenen ICE, einem Projekt von ca. 17 Mrd. DM, steht, und wie erklärt sich das Verhalten beider Bundesminister angesichts der Tatsache, daß der frühere Bundesminister für Post und Telekommunikation, Dr. Christian Schwarz-Schilling, bereits ein Jahr zuvor zwei Minister des Kabinetts der Republik China in seinen Diensträumen in Bonn empfangen hat, ohne daß dies in irgendeiner Weise die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu anderen Staaten in Frage gestellt hätte?

- | | |
|---|---|
| 51. Abgeordneter
Dietmar
Schütz
(SPD) | Welche Postämter und Poststellen (Postvertriebsfilialen) der Deutschen Bundespost POSTDIENST sind im Rahmen der Neustrukturierung der POSTDIENSTE in den Landkreisen Ammerland und Friesland von Stellenreduzierung und Schließung betroffen? |
| 52. Abgeordneter
Gernot
Erler
(SPD) | Über die Schließung wie vieler Postämter im Zuge der sogenannten „Filialkonzentration“ in der Bundesrepublik Deutschland hat die Generaldirektion POSTDIENST bisher verfügt, und in wie vielen Fällen ist dabei das Benehmen mit den betroffenen Kommunen hergestellt worden? |
| 53. Abgeordneter
Gernot
Erler
(SPD) | In wie vielen Fällen ist es bei der Ankündigung der Schließung von Postämtern zu Protesten der Kommunen und der Bevölkerung gekommen, und in welchen konkreten Fällen hat dieser Protest zur Rücknahme der Schließungspläne geführt? |
| 54. Abgeordneter
Martin
Göttsching
(CDU/CSU) | Hält die Bundesregierung mannigfaltige Anfragen und Beschwerden bezüglich der Schließung von Poststellen und Postämtern in den alten Bundesländern für berechtigt, und wie reagiert sie ggf. darauf? |

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes

- | | |
|---|---|
| 55. Abgeordneter
Ortwin
Lowack
(fraktionslos) | Welche Perspektive hat das Auswärtige Amt für das Generalkonsulat in Edmonton, der Hauptstadt Albertas/Kanada und darf, angesichts der großen Anzahl Deutschstämmiger, die mit ca. 15 % der Bevölkerung die zweitgrößte ethnische Gruppe darstellen, damit gerechnet werden, daß das Generalkonsulat in jedem Fall erhalten bleibt? |
| 56. Abgeordneter
Helmut
Sauer
(Salzgitter)
(CDU/CSU) | Kann die Bundesregierung die Aussage der ehemaligen britischen Premierministerin, Lady Margaret Thatcher, im Vorabdruck ihrer Memoiren in der Zeitschrift „DER SPIEGEL“ (Nr. 42/1993, S. 178) „Die Regierung der Bundesrepublik wurde von uns gezwungen, die Grenzfrage mit ihren östlichen Nachbarn zu klären“ bestätigen, und stehen hierzu nicht ihre Aussagen, insbesondere die des ehemaligen Bundesministers des Auswärtigen, Hans-Dietrich Genscher, im Widerspruch, die Bundesregierung habe „aus freier Entscheidung“ bezüglich der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie, gehandelt? |

- | | |
|---|--|
| 57. Abgeordneter
Dr. Klaus
Kübler
(SPD) | Wie beurteilt die Bundesregierung die aktuelle Situation in Burundi nach dem Militärputsch, und welche Möglichkeiten und Maßnahmen sieht die Bundesregierung, die demokratischen Kräfte in Burundi zu unterstützen? |
| 58. Abgeordneter
Jürgen
Augustinowitz
(CDU/CSU) | Wie steht die Bundesregierung zu einer Aufnahme der Republik Slowenien in den NATO-Kooperationsrat? |
| 59. Abgeordneter
Norbert
Gansel
(SPD) | Sind der Bundesregierung Reaktionen der iranischen Regierung wegen des Anschlags auf den norwegischen Verleger Salman Rushdie bekannt, und wie beurteilt die Bundesregierung das Verhalten der iranischen Regierung? |

Bonn, den 22. Oktober 1993

